

Medienmitteilung vom 13. November 2014 zur Behandlung der Energiestrategie 2050 im Nationalrat:

Kantone sind mit der überarbeiteten Vorlage der Energiestrategie unzufrieden

Die von der Kommission für Umwelt, Raumordnung und Energie des Nationalrates (UREK-N) verabschiedete Vorlage des Energiegesetzes sowie der weiteren anzupassenden Erlasse zur Energiestrategie 2050 überzeugt die Kantone nur teilweise. Sie erwarten eine adäquate Anpassung in zentralen Punkten und die Abkehr von der verfassungsrechtlich problematischen Zentralisierungstendenz.

Die Kantone sind von der Vorlage der UREK-N zur Energiestrategie 2050 enttäuscht. Sie stellen zwar fest, dass sie in einzelnen Punkten, die sie in den Hearings gefordert hatten, gehört wurden. Die Anpassung des Gebäudeprogramms mit der Einführung eines Sockelbeitrags von 30% wird als Signal in die richtige Richtung verstanden. Begrüsst wird der Verzicht auf die Einführung der Verpflichtung der Elektrizitätswerke von den Kunden zu verlangen, dass sie jährlich bis zu zwei Prozent Strom einzusparen hätten. Die Kantone unterstützen die höhere Förderschwelle für Kleinwasserkraftwerke sowie den Einbezug der grossen Wasserkraft in die Förderung der erneuerbaren Energien.

Warnung vor einer Übersteuerung

Der angestrebte Systemwechsel beim Gebäudeprogramm bleibt auch nach der Korrektur problematisch. Die Kantone haben grosse Zweifel an der Vollziehbarkeit des neuen Modells. Die nationalrätliche Kommission will den Kantonen weitere Auflagen machen, die über die Formulierung von Grundsätzen hinausgehen und primär der Sicherung von Brancheninteressen dienen (z.B. Einführung von obligatorischen Optimierungen der Gebäudetechnik). Zudem will sie eine stärkere Einflussnahme des Bundes auf die kantonale Energiegesetzgebung verankern. Damit werden verfassungsrechtlich äusserst problematische Regelungen ins Auge gefasst, die von den Kantonen zurückgewiesen werden. Ebenso wehren sich die Kantone gegen die von der UREK-N vorgeschlagenen steuerlichen Anreize. Diese kommen einer Doppelförderung gleich und entziehen den Kantonen Steuereinnahmen. Die Kantone halten auch an der von ihnen vorgeschlagenen Begrenzung der Förderung von erneuerbaren Energien fest (maximaler Netzzuschlag von 1.5 Rp./kWh, entgegen UREK-N und Bundesrat von 2,3 Rp./kWh). Die angestrebte

Zentralisierung von raumplanerischen Massnahmen im Energiebereich wird abgelehnt.

Die Kantone arbeiten bereits an der Umsetzung der Energiestrategie

Die Kantone erwarten vom Nationalrat, dass ihre Anliegen besser berücksichtigt werden, von einer Übersteuerung der kantonalen Anstrengungen abgesehen und auf Zentralisierungen verzichtet wird. Sie erwarten eine bessere Berücksichtigung der verfassungsmässigen Aufgabenteilung im Energiebereich (Art. 89 Abs. 4 BV). Die Kantone nehmen diese ernst und arbeiten bereits an der Umsetzung der Energiestrategie 2050. Im Januar 2015 werden sie die neuen Mustervorschriften im Energiebereich (MuKE) verabschieden. Im Sommer 2015 soll auch die Revision des Harmonisierten Fördermodells abgeschlossen sein.

Auskunft erteilt:

Staatsratspräsident Beat Vonlanthen, Präsident der EnDK:
026 305 24 15, 076 434 42 04
Lorenz Bösch, Generalsekretär a.i. der EnDK:
079 426 54 19

Wirkung der energiepolitischen Massnahmen der Kantone im Gebäudebereich

Die Energiepolitik der Kantone im Gebäudebereich trägt mit Bauvorschriften und Förderungen zusammen mit dem Bund zu einem effizienteren Energieverbrauch und zu einer Abnahme der CO₂-Emissionen bei. Zwischen 2000 und 2012 hat die mittlere Wohnbevölkerung um 10.5 Prozent zugenommen. Die Energiebezugsfläche in Wohngebäuden wuchs in der gleichen Zeit sogar um 16.6 Prozent. Der Energieverbrauch in den Haushalten ist witterungsbereinigt in der gleichen Zeit gesamthaft um rund 3 PJ gesunken, was eine Stabilisierung bedeutet. Pro Einwohner wurde in den privaten Haushalten im Jahre 2000 rund 9'217 KWh und im Jahre 2012 rund 8'725 KWh Energie verbraucht (-5,3%). Der Mehrbedarf an Energie der wachsenden Bevölkerung wird in dieser Zeit durch politische und technische Massnahmen kompensiert. Der sinkende Verbrauch an fossilen Brennstoffen (- 14.1 PJ) ist je zur Hälfte durch erneuerbare Energien (Holz, Umweltwärme, Solarwärme, Biobrennstoffe) sowie Strom kompensiert worden.

(Quelle: Ex-Post-Analyse des schweizerischen Energieverbrauchs zwischen 2000 und 2012, BFE 2013)
1 PJ = Petajoule = 278 GWh = 278 000 000 KWh

Die EnDK das Energie-Kompetenzzentrum der Kantone

Die EnDK ist das gemeinsame Energie-Kompetenzzentrum der Kantone. Sie fördert und koordiniert die Zusammenarbeit der Kantone in Energiefragen und vertritt die gemeinsamen Interessen der Kantone. Der EnDK ist die Energiefachstellenkonferenz (EnFK) angegliedert, welche fachtechnische Fragen behandelt. Die EnDK will den Energiebedarf im Gebäudebereich, insbesondere in bestehenden Bauten senken, den verbleibenden Bedarf mittels Abwärme und erneuerbaren Energien decken und eine föderalistische Energiepolitik mit hoher Akzeptanz verfolgen. Die Konferenz wird durch Staatsrat Beat Vonlanthen, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Freiburg präsiert.